



| Vorstand

Transatlantic *T*rade and *I*nvestment *P*artnership – *TTIP* *C*omprehensive *E*conomic and *T*rade *A*greement - *CETA*

Position der IG Metall und des DGB zu TTIP und CETA

24. September 2015, Filstaler Werkstattgespräche Göppingen

Beate Scheidt

FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik



Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Völkerrechtlicher Vertrag zwischen den USA und der EU mit dem Ziel Handelshemmnisse abzubauen.

Den Vertragspartnern (EU-Kommission und US-Handelsministerium) geht es nach eigenen Angaben um

- erleichterte Marktzugänge (Abbau von Zöllen, Vergabe öffentlicher Aufträge usw.)
- regulatorische Zusammenarbeit (handelsrelevante Gesetzgebung)
- und die globale Regelentwicklung

Die Verhandlungen zu den Details von TTIP laufen seit Juni 2013 und sollten lt. ursprünglicher Planung bis Ende 2015 abgeschlossen sein.



Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen

Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU.

Die Vertragsgegenstände bei TTIP und CETA sind ähnlich. Daher gilt CETA auch als Testfall für TTIP. Wobei CETA bereits ausverhandelt ist und „nur“ noch vom EU-Parlament und dem EU-Rat legitimiert sowie vom Kanadischen Parlament und den Provinzen ratifiziert werden muss.

Kernelemente:

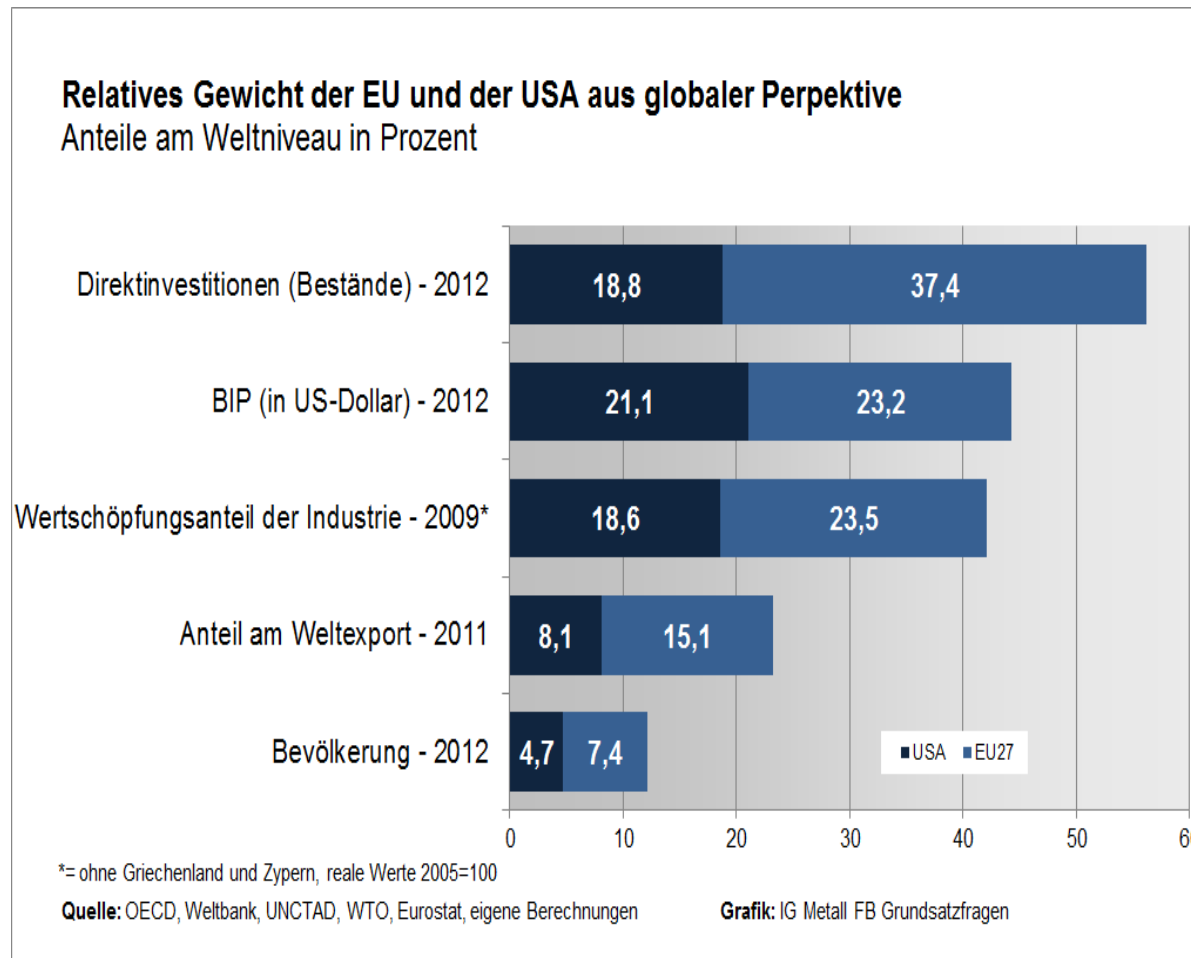
- Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen
- Verbesserung des Schutzes geistigen Eigentums
- Investitions- und Investorenschutz

CETA soll Ende 2015 ratifiziert werden.

Ökonomisches Gewicht der EU und der USA aus globaler Perspektive



| Vorstand



Standards, die den Handel innerhalb dieser Wirtschaftsregion regeln, werden Orientierung und Maßstab für andere Abkommen sein.

Ökonomische Bedeutung der USA aus deutscher Perspektive

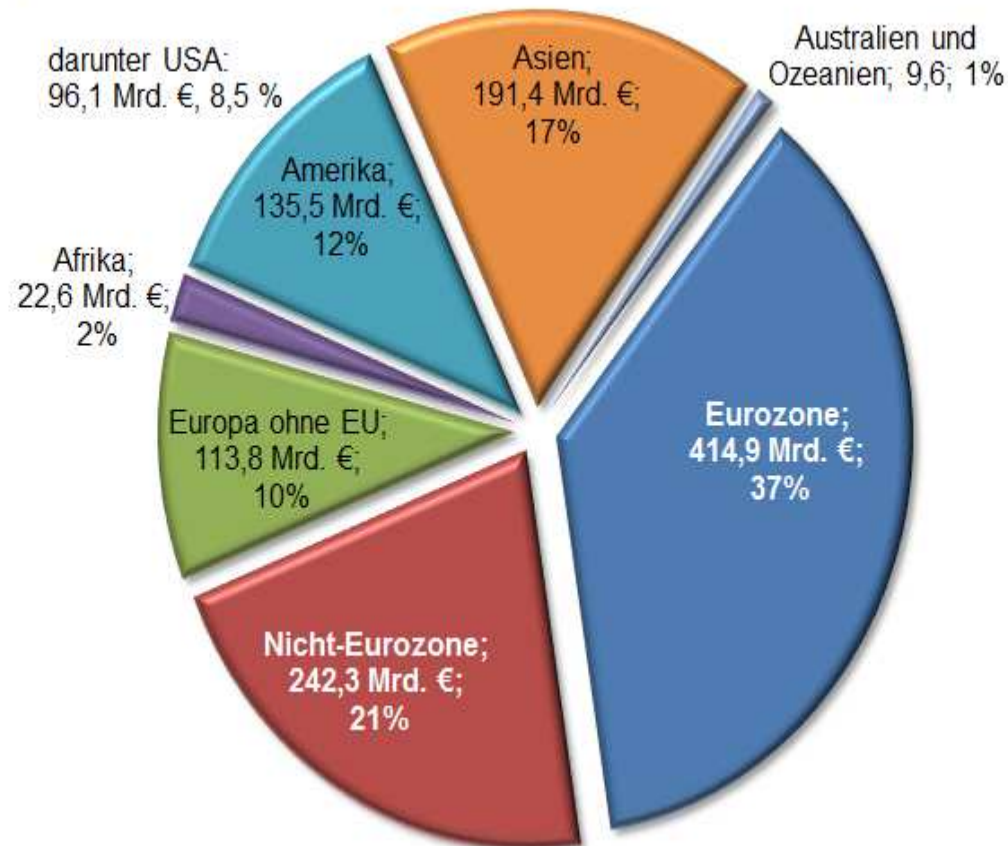


| Vorstand

Deutsche Ausfuhren nach Ländergruppen 2014

Anteile in Milliarden Euro und Prozent

Im Jahr 2014 verteilten sich Exporte im Wert von **über 1,1 Billionen Euro** auf folgende Ländergruppen:



Quelle: Statistisches Bundesamt, Exporte von Waren, Spezialhandel
Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen

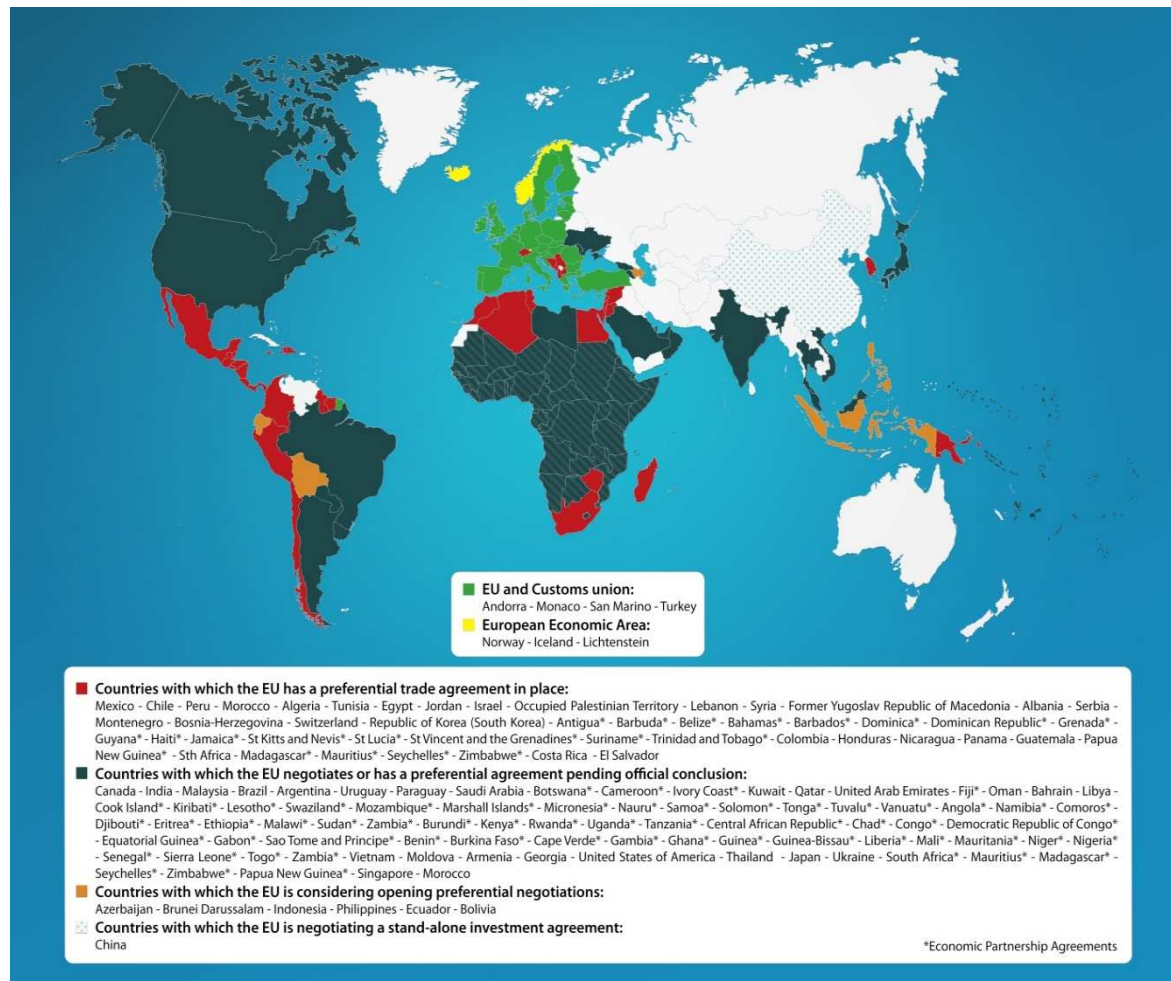
Die USA (96,1 Mrd. Euro) waren 2014 nach Frankreich (102,1 Mrd. Euro) der zweitwichtigste Exportpartner Deutschlands.

Im Jahr 2014 hat sich die Außenhandelsstruktur hinsichtlich der Zielregionen der Ausfuhren kaum verändert.

Ökonomische Partnerschaften / Abkommen der Europäischen Union



| Vorstand



Handelsbündnisse
haben geo-strategische
Bedeutung.

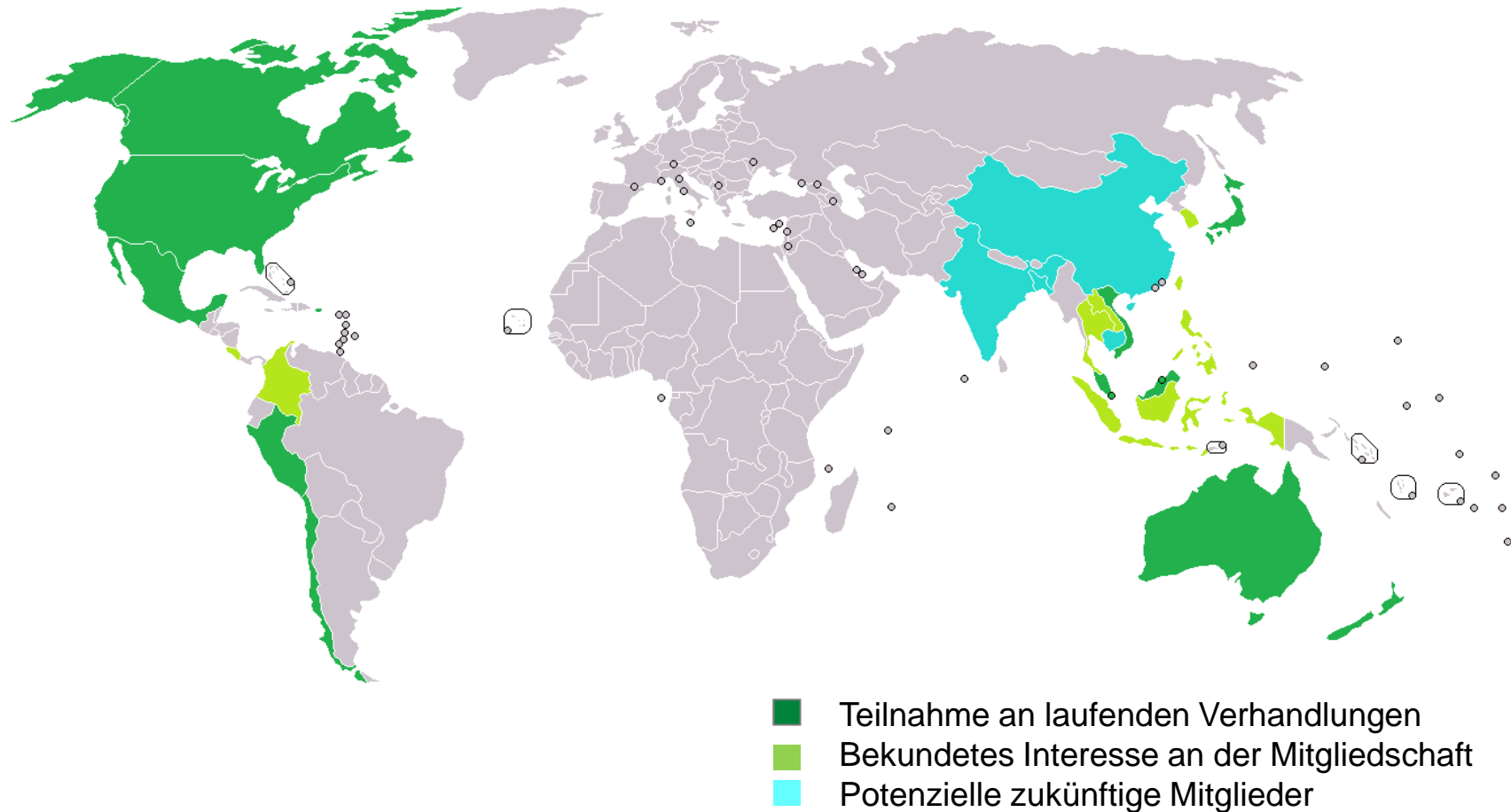
Derzeit formieren sich
„westliche“ und
„östliche“ Bündnisse
neu.

Quelle: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/june/tradoc_149622.jpg

Aktuell verhandelte Transpazifische Partnerschaft der USA (TPP)



| Vorstand



Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/Trans-Pacific_Partnership

Die IGM steht für einen ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Welthandel



| Vorstand

- ➔ Export und Import sichern Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland.
- ➔ Die Reduzierung von Zöllen und die Angleichung von technischen Standards können der deutschen Industrie nutzen.

Das darf aber kein Freibrief für die Beseitigung aller vermeintlichen „Hemmnisse“ und damit auch wichtiger Schutzstandards im globalen Handel sein!

- ➔ Die Abschaffung von Handelsbarrieren erhöht den Wettbewerbsdruck auch und gerade auf Arbeits- und Sozialstandards.
- ➔ Die IG Metall nimmt Einfluss: wir wollen größeren Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten, wirtschaftliche, soziale und ökologische Standards verbessern sowie faire Wettbewerbs- und gute Arbeitsbedingungen weltweit schaffen.

Worüber wird bei TTIP verhandelt?



| Vorstand

- ➔ Beseitigung bestehender *tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse* zwischen den USA und der EU,
Tarifäre Handelshemmnisse: Zölle
Nicht-tarifäre Handelshemmnisse: administrative Hemmnisse bei der Einfuhr, Qualitätsanforderungen und Etikettierungspflichten
- ➔ Harmonisierung technischer Standards: Einigung auf gleiche technische Standards und/oder gegenseitige Anerkennung
- ➔ bei zukünftigen Regulierungen soll eine Angleichung durch Transparenz und Kooperation erreicht werden („living agreement“)
- ➔ Öffentliches Beschaffungswesen (Vergabewesen)
- ➔ Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs
- ➔ Investitionsschutzkapitel

Worüber wird bei TTIP konkret verhandelt?



| Vorstand

Dienstleistungsbereiche, die weiter liberalisiert werden, könnten den **beiderseitigen** Marktzugang erleichtern für US-amerikanische Anbieter in Europa sowie für EU-Anbieter in den US-Bundesstaaten:

Banken,
Versicherungen,
Medienkonzerne,
Informationstechnik,
Wirtschaftsberatung,
Unternehmensnahe Dienstleistungen

Gesundheit,
Bildung,
Transport,
Telekommunikation,
Wasser,
Energie,
Entsorgung,

...

„Öffentliche Daseinsvorsorge“

umschreibt die staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Leistungen – die so genannte Grundversorgung.

Wurde in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend von privaten Anbietern übernommen.
Die Abgrenzung dessen, was zur „öffentlichen Daseinsvorsorge“ gehört, ist in den Handelsabkommen nicht eindeutig geklärt.

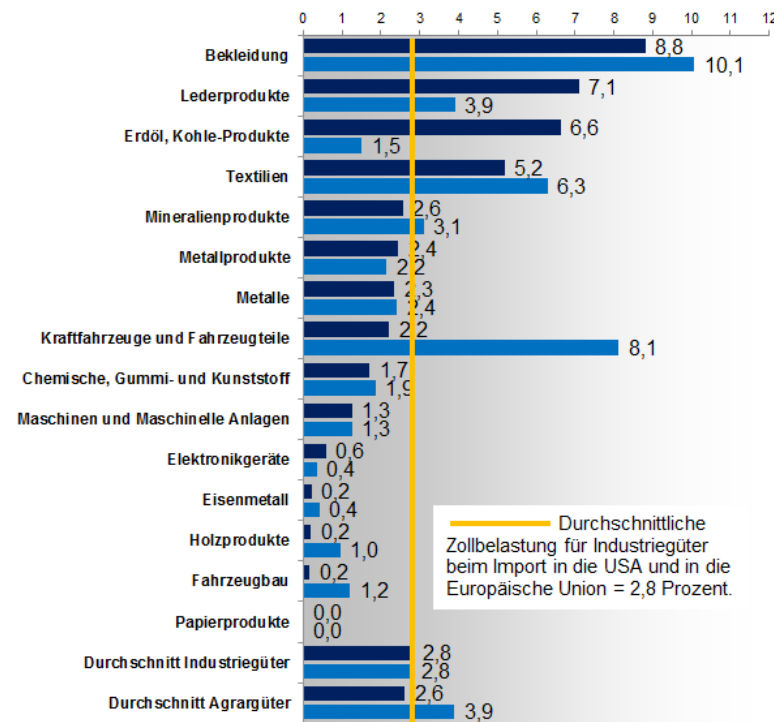
Gemeinwohlverpflichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen durch Freihandelsabkommen nicht gefährdet werden!

Worüber wird bei TTIP konkret verhandelt? Tarifäre Handelsbeschränkungen - Zölle



| Vorstand

Zollbelastung von Importen in die EU und USA
in Prozent im Jahr 2007



- Zollbelastung importierter Waren aus der EU in die USA; MFN-Zollsatz gegenüber dem am meisten begünstigten Land gewichtet nach Handelsvolumen
- Zollbelastung importierter Waren aus den USA in die EU; MFN-Zollsatz gegenüber dem am meisten begünstigten Land gewichtet nach Handelsvolumen

Quelle: ifo-Institut, TRAINS Data von WITS

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen

Deutliche asymmetrische Belastung bei Kraftfahrzeugen und Fahrzeugteilen. Momentan wird der Europäische Markt durch einen höheren **durchschnittlichen** Importzollsatz relativ stärker vor US-Importen geschützt.



Aber:
Bei einzelnen Produkten ist die Einfuhr von Fahrzeugen in die USA durch einen hohen Importzollsatz extrem teuer.

Einfuhrzollsatz in die USA für Kleinbusse ab 10 Sitzen / Transporter: 25 Prozent! Z.B. „Sprinter“!

Worüber wird bei TTIP konkret verhandelt? Nicht-tarifäre Handelsbeschränkungen



| Vorstand

➤ *Nicht-tarifäre Handelsbeschränkungen für Importe aus der EU in die USA:*

administrative Hürden am Zoll bei der Einfuhr in die USA
(Zollprozedur, Herkunftsbescheinigungen etc.),

aufgelegte Qualitätsanforderungen und

besondere Etikettierungspflichten.

➤ Beispiele für unterschiedliche technische Standards hinsichtlich Sicherheits- / Industrienormen:

Stoßstangenlänge,

Farbe des Blinkers,

CO₂-Abgaswerte (USA: auf die Fläche des Autos bezogen, in der EU auf das Gewicht).

Grundsätzliche Unterschiede in der Regulierung in den Bereichen „Umwelt“ und „Gesundheit“



| Vorstand

➔ Europäische Union:

„Vorsorgeprinzip“

Jedes Produkt muss im Vorhinein überprüft werden. Ein ungeprüftes Produkt kann nicht zum Konsumenten gelangen.

Beispiel aus dem Bereich der Chemie: **REACH** (Europäische Verordnung zur Registrierung, Bewertung Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe – EG/1907/2006)

Wer einen Stoff in den Verkehr bringen will, muss nachweisen, dass von diesem Stoff keine Gefahren für Mensch und Umwelt ausgehen.

Wer Stoffe in den Verkehr bringen will, ist nach REACH zudem verpflichtet, ein Sicherheitsdatenblatt zu führen, das Benutzer unter anderem über Zusammensetzung und Eigenschaften des Stoffes sowie die richtige Handhabung informiert.

Grundsätzliche Unterschiede der Regulierung in den Bereichen „Umwelt“ und „Gesundheit“



| Vorstand

➔ USA:

„Nachsorge-“ bzw. „Risikoprinzip“ **Aktuelle Debatte zum Verbot / zur Regulierung von Fracking!**

Ein Stoff ist grundsätzlich erlaubt und wird erst verboten, wenn seine Risiken bewiesen sind.

In den USA **Toxic Substances Control Act**: Chemikalienrecht, wonach die Umweltbehörde Tests von einem Hersteller verlangen **kann**, wenn es Anhaltspunkte für Risiken gibt. Unter Umständen kann die Behörde ein vorübergehendes Verbot aussprechen. Anders als in Europa können Hersteller beantragen, dass Informationen über Tests, Einsatzgebiete und Gefahren als "vertrauliche Geschäftsinformation" nicht veröffentlicht werden müssen.

Aus REACH ergibt sich z.B. teilweise eine Kennzeichnungspflicht für **Nanomaterialien**.

In USA gibt es keine Kennzeichnungspflicht für **Nanomaterialien**.

Wer hat die „besseren“ Standards?



| Vorstand

- ➔ Grundsätzlich kann man nicht sagen, die europäischen oder die amerikanischen Standards seien *in allen Bereichen* besser oder schlechter!
- ➔ Es gibt teilweise (bereits) strengere Vorschriften auf dem amerikanischen Markt (z. B. auf dem Finanzmarkt: Banken müssen Privatkunden- und Spekulationsgeschäft trennen - „Vocker-Rule“; 2013 -, dürfen weniger mit riskanten Finanzprodukten handeln und müssen mehr Eigenkapital vorhalten).
- ➔ Geschlachtete Hühnchen werden in den USA durch ein abschließendes Chlorbad von möglichen Salmonellen befreit. In Deutschland ist es üblich, bei der Aufzucht von Geflügel in der Massentierhaltung Antibiotika einzusetzen, um Erkrankungen vorzubeugen.
- ➔ Die Standards sind anders!

Von Protagonisten erhoffte Wirkungen des Abbaus der Handelshemmnisse



| Vorstand

Abbau der tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse senkt die Kosten



Preise sinken



Nachfrage steigt



Beschäftigung und Produktion steigen

Was bringt das Freihandelsabkommen den beteiligten Ländern?



| Vorstand

➔ CEPR-Studie (2013):

Erstellt im Auftrag der EU-Kommission

Centre for Economic Policy Research, London, Joseph Francois

➔ Ifo Studie (2013):

Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft

➔ Ifo-Bertelsmann-Studie (2013):

Teil I: Gesamtwirtschaftliche Effekte

Teil II: Brancheneffekte

➔ Jeromin Capaldo: Tufts University, USA (Oktober 2014)

Was bringt das Freihandelsabkommen den beteiligten Ländern?



| Vorstand

CEPR-Studie im Auftrag der EU-Kommission (2013)

Annahmen einer umfassenden Liberalisierung:

Beseitigung nahezu aller Zollbeschränkungen

Beseitigung von 25 Prozent der nicht-tarifären Handelsbeschränkungen für Güter und Dienstleistungen

Beseitigung von 50 Prozent der nicht-tarifären Handelsbeschränkungen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens

Ergebnis Zuwachs des BIP in einem Zehnjahreszeitraum:

USA + 0,4 Prozent

EU + 0,5 Prozent, d.h. 0,05 Prozentpunkte pro Jahr,

bei einer BIP-Wachstumsrate von 1 Prozent: 1,05 Prozent



Der wirtschaftliche Nutzen ist gering!

Die Effekte hängen von der Konstruktion des verwendeten Modells und den Annahmen bzgl. der Freihandelsvereinbarungen ab.

Die tatsächlichen Auswirkungen können allenfalls nach Umsetzung eines Handelsabkommens abgeschätzt werden!

Wir müssen Chancen und Risiken der Freihandelsabkommen abwägen!

Welche Risiken bestehen? Investitionsschutz



| Vorstand

Investitionsschutzkapitel (Schutz ausländischer Investoren/Investitionen vor entschädigungsloser Enteignung)

- Investitionsschutz regelt *völkerrechtlich verbindliche Standards* zur Behandlung *ausländischer* Investoren / Investitionen
- ursprünglich für Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländer geschaffen
- z. Zt. weltweit ca. 3.240 Verträge, Deutschland: 196 (134 BITs, 62 andere IIAs)
- seit Vertrag von Lissabon 2009: Kompetenz bei der EU, vorher Nationalstaaten
- auch in *CETA* (EU-Kanada-Freihandelsabkommen) verhandelt:

Hat Vorbildfunktion für TTIP und US-Firmen mit „substanziellem Geschäft“ in Kanada könnten für sich diesen Investitionsschutz beanspruchen, auch ohne ein entsprechendes Kapitel in TTIP; CETA-Verhandlungen wurden im Herbst 2014 abgeschlossen, Nachverhandlungen werden gefordert.

Welche Risiken bestehen? Investitionsschutz



| Vorstand

➔ Schutzstandards:

- Nichtdiskriminierung
- „Gerechte“ und „billige“ Behandlung
- Entschädigung bei direkten und „indirekten“ Enteignungen

➔ Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS)

- Direktes Klagerecht des (ausländischen) Investors gegen Gaststaat vor einem ad hoc gebildeten Schiedsgericht
- Verzicht auf innerstaatlichen Rechtsweg im Gastland
- Rechtsfolge: Schadensersatz

Welche Risiken bestehen? Investitionsschutz in TTIP



| Vorstand

Probleme:

- Vage Prinzipien: „billige und gerechte Behandlung“
- Staatliche Regulierung kann eingeschränkt werden, wenn damit gerechnet wird, dass es zu Klagen und Schadensersatzzahlungen kommen kann („regulatory chill“)
- Umgehung/Vermeidung des nationalen Rechtswegs
- Intransparenz

Welche Risiken bestehen?

Investitionsschutz



| Vorstand

- ➔ Bekannte Streitfälle in Deutschland: Vattenfall I und II
 - 2009 Klage von Vattenfall gegen strengere Umweltschutzauflagen der Stadt Hamburg als ursprünglich vereinbart (Streitwert ca. 1,4 Mrd. Euro), Einigung durch Vergleich; Lockerung der Auflagen
 - 2012 Klage von Vattenfall gegen Verkürzung der Laufzeiten von Atomkraftwerken (Streitwert bis zu 3,7 Mrd. Euro); zusätzlich: Verfassungsbeschwerde vor dem BVerfG; Ausgang offen
- ➔ Bekannte internationale Streitfälle:
 - Klage eines französischen Investors (Veolia) gegen Ägypten: Die Stadt Alexandria hatte Veränderungen des Vertrags verweigert, mit denen Veolia höheren Kosten begegnen wollte (unter anderem: Erhöhung eines Mindestlohns; Schadensersatzforderung: 82 Mio. Euro).
 - Lone Pine verklagt über eine US-Niederlassung in Kanada seine eigene Regierung, weil die Provinz Quebec ein Fracking-Moratorium erlassen hat. Forderung: Entschädigungen in Höhe von 250 Millionen Dollar für den zu erwartenden Gewinnausfall.

Gutachten zum CETA-Vertragstext besagen (Ende 2014):



| Vorstand

- ➔ Reformen des Investitionskapitels beseitigen nicht dessen grundlegenden Defizite:
 - weite Definition von Investitionen (auch Portfolioinvestitionen werden geschützt),
 - Umgehung nationaler Gerichtsbarkeit durch Investor-Staats-Klagemöglichkeit vor internationalem Schiedsgericht,
 - Möglichkeit paralleler Klagen, keine verbindliche Berufungsinstanz
 - ...

Gutachten zum CETA-Vertragstext besagen:



| Vorstand

- ➔ Anders als viele andere EU-Handelsabkommen enthält CETA keine Menschenrechtsklausel, die es bei Verstößen ermöglichen würde, das Abkommen einseitig ganz oder teilweise auszusetzen.
- ➔ Das Kapitel über Handel und Arbeit („Nachhaltigkeitskapitel“) sieht keine Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen vor.

Kanada forderte, dass der spezifische Streitschlichtungsmechanismus des Arbeitskapitels Entschädigungszahlungen bei Verstößen erlaubt – eine Forderung, gegen die sich die EU sperrte. ...

Ein „Dialogmechanismus“ soll für soziale Nachhaltigkeit sorgen.



CETA stärkt einerseits die Investorenrechte und bietet andererseits keinen effektiven Schutz von Arbeits- und Sozialstandards.

Die Investments belegen: Deutschland und die USA/Kanada sind sichere Investitionsstandorte



| Vorstand

Zahl der ausländischen Investitionsprojekte in Deutschland im Jahr 2014:

- ➔ 2014 investierten ausländische Firmen in 763 Projekten in Deutschland (+ 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr)
- ➔ **Größter Investor: USA 156 Projekte (+ 10 Prozent)**
- ➔ China 79 Projekte (+ 15 Prozent)
- ➔ Großbritannien 60 Projekte (+ 28 Prozent)

Quelle: Handelsblatt, 27.05.2015, S. 20

Investitionsprojekte Deutschlands in den USA im Jahr 2014:

BASF gab 2014 bekannt, dass sie in eine Großanlage für Propylen an der amerikanischen Golfküste investieren wird. Die Anlage kostet voraussichtlich mehr als eine Milliarde Euro - es wäre für BASF die bislang größte Einzelinvestition.

Quelle: Wirtschaftswoche, 2.05.2014

Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation - Stand der Ratifizierung durch die USA und Kanada



| Vorstand

- ➡ 87 – Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts, 1948
- ➡ 98 – Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949*
- ➡ 29 - Übereinkommen über Zwangs- oder Pflichtarbeit, 1930
- ➡ 105 – Übereinkommen über die Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957
- ➡ 100 – Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit, 1951
- ➡ 111 – Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, 1958
- ➡ 138 – Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung, 1973*
- ➡ 182 – Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999

Rot Kernarbeitsnormen, die nicht von den USA ratifiziert wurden,
* von Kanada bislang nicht ratifizierte Kernarbeitsnormen

Fakten zur Vereinigungsfreiheit in den USA



| Vorstand

Arbeitgeber nutzen ihren Zugang zu Beschäftigten, um sie von der gewerkschaftlichen Organisierung abzuhalten

Übliche Einschüchterungspraxis:

- Einsatz von externen Beratern, die sich auf Gewerkschaftsvermeidung spezialisieren (union busters)
- Drohung mit Betriebsschließung und / oder -verlagerung
- Entlassungen von Arbeitnehmern, die beabsichtigen einen Arbeitnehmervertretung zu organisieren, ohne Angabe von Gründen
- Für streikende Arbeitnehmer können dauerhaft Ersatzarbeiter eingesetzt werden
- Einmischung von konservativen Politikern und Lobby-Gruppen (vgl. Volkswagen in Chattanooga)

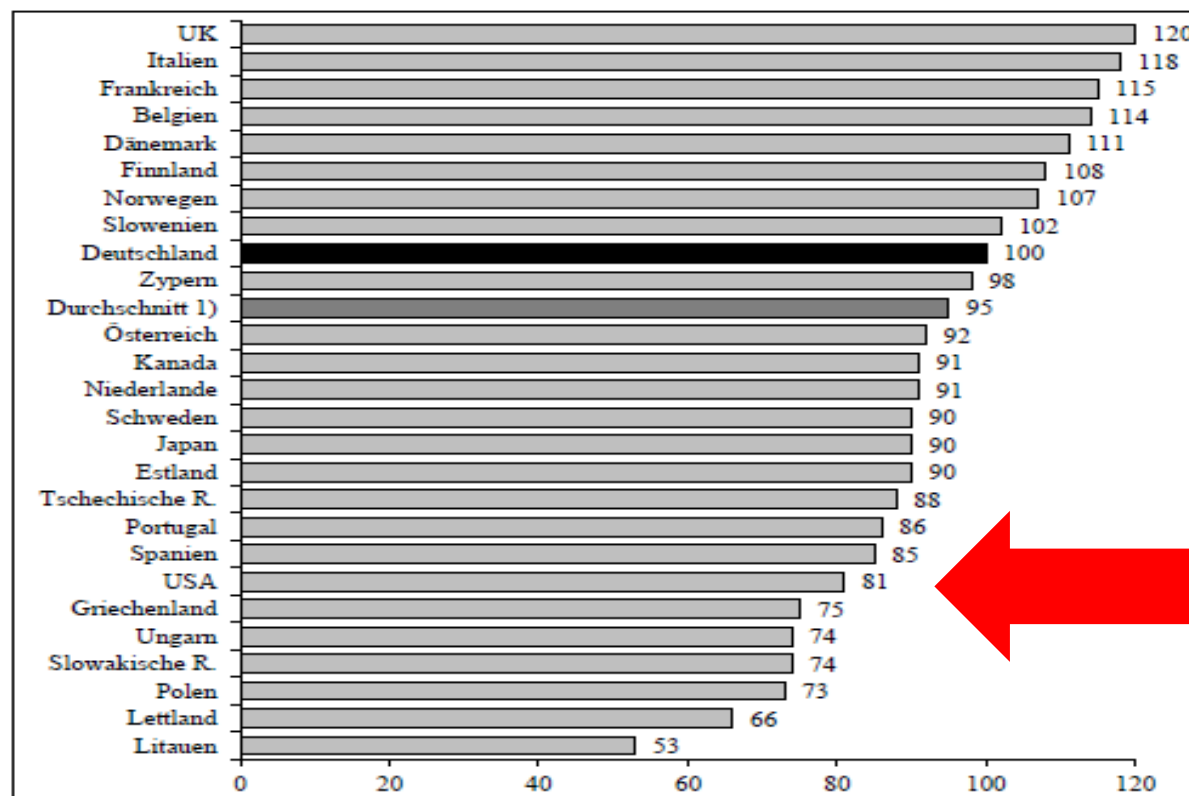
Deutliches Gefälle in den Lohnstückkosten zwischen Deutschland und den USA



| Vorstand

Lohnstückkostenniveau im Jahr 2012

Verarbeitendes Gewerbe Deutschlands = 100



Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe in den USA: knapp 20 Prozent niedriger als in Deutschland!

Auf Basis der Wechselkurse und Preise von 2012. 1) Mittelwert der Länder ohne Deutschland, gewichtet mit deren Anteil am Weltesport im Zeitraum 2010 bis 2012.
Quellen: Deutsche Bundesbank; Eurostat; nationale Quellen; OECD; Statistisches Bundesamt; U.S. Department of Labor; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Quelle: Schröder, Chr. (2013), Produktivität und Lohnstückkosten der Industrie im internationalen Vergleich, in: Trends, 4(2013)

Deutsche Unternehmen mit Standorten in den US-Amerikanischen Südstaaten



| Vorstand

➔ Airbus (baut Werk in Alabama)

➔ T-Mobile

➔ Siemens

➔ Mercedes

➔ BMW

➔ Volkswagen Werk in Chattanooga (Einmischung der Politik: Bob Corker, Senator des US-Bundesstaates Tennessee)

➔ Automobilzulieferer (Bosch, Mahle, Schaeffler, Kerion,)

➔ Unilaterale Unternehmens-Gesellschaftsverträge haben in der Praxis vor allem in den US-amerikanischen Südstaaten keine Bedeutung

**Wall Street Journal's im Zusammenhang mit den Vorkommnissen um „Chattanooga“:
„Das Letzte, was die US-Wirtschaft braucht, ist den Import europäischer Arbeitspraktiken.“**

Deutsche Unternehmen mit Standorten in den US-Amerikanischen Südstaaten



| Vorstand

➔ Produktionsstart der neuen Daimler-C-Klasse im Daimler-Werk Tuscaloosa in Alabama am 5. September 2014:

„Unsere Gewinne in Amerika sind sehr attraktiv“ (*Dieter Zetsche*).

„Wir stehen der UAW neutral gegenüber, ..., die Mitarbeiter müssen sich entscheiden“ (*Dieter Zetsche*).

UAW – „United Automobile Workers“, amerikanische Automobilergewerkschaft

Bentley (Gouverneur Alabamas) sprach sich am Rande der Veranstaltung im Gespräch mit dem Handelsblatt dafür aus, das Werk nicht mit der UAW zu organisieren, HB, 8.9.2014:

„Das würde es mir deutlich schwerer machen, andere Unternehmen in den Bundesstaat zu holen.“



- ➔ Freihandelsabkommen dürfen **weder Arbeitnehmer- noch Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards gefährden.**
- ➔ Die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU benötigen **kein Investitionsschutzabkommen**, das ihnen das Recht einräumt, Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen. Denn die USA und die EU verfügen über fortgeschrittene Rechtssysteme, die Investoren einen umfassenden Rechtsschutz bieten.
- ➔ Wir sehen es als unabdingbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen mit den USA an, dass **alle Kernarbeitsnormen ratifiziert und umgesetzt** werden müssen. Verstöße müssen sanktioniert werden können!

Für einen gerechten Welthandel!



| Vorstand

Fairer und gerechter Welthandel mit guten Arbeitsbedingungen geht anders.

TTIP und CETA entsprechen in den aktuellen Entwürfen nicht unseren Vorstellungen.

Deshalb:

Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin

Die IG Metall ist mit dem DGB, allen Mitgliedsgewerkschaften, mit Umweltschutzverbänden, kirchlichen und kulturellen Organisationen, Mitglied im Bündnis TTIP-DEMO.

Mehr Informationen und alle Partner auf www.ttip-demo.de

Aufruf zur Großdemo am 10. Oktober in Berlin



| Vorstand

Aufruf: TTIP & CETA stoppen! – Für einen gerechten Welthandel

Wir treten gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaat erhalten sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen gewährleisten und auch für die Zukunft sichern,*
- nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt respektieren und stärken sowie*
- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern sowie Verantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit festschreiben.*

Mehr Informationen auf www.ttip-demo.de